

2.2 Mitglieder(Delegierten)versammlungen

Zu den Mitgliederversammlungen, dem obersten Entscheidungsorgan der agah, können die Ausländerbeiräte je nach Einwohnerzahl ihrer Kommune zwischen einem und drei Delegierten entsenden.

2002 und 2003 wurden die Delegierten jeweils fünfmal zu ordentlichen Plenarsitzungen geladen.

Nach § 6 Absatz 7 der agah-Satzung obliegt die Einberufung dem Vorstand. Die Einladungen wurden 2002/2003 fristgemäß versandt.

Plenarsitzungen 2002/2003

16.02.2002	Baunatal
13.04.2002	Hanau
15.06.2002	Idstein
21.09.2002	Herborn
16.11.2002	Wetzlar
25.01.2003	Erlensee
29.03.2003	Gießen
14.06.2003	Bad Arolsen
11.10.2003	Reinheim
06.12.2003	Bad Hersfeld

Themenschwerpunkte der Versammlungen waren neben den Berichten des Vorstandes, der Ausländerbeiräte, der Arbeitsgruppen/Kommissionen:

- € Änderung des Hessischen Schulgesetzes
- € Zuwanderungsgesetz
- € Bilanz 4 Jahre rot-grüne Bundesregierung – was hat sie für Migranten gebracht?
- € Ausländerbeiratswahl 2001, Perspektiven und Konsequenzen
- € Elternzeit, Erziehungsgeld & Co.
- € Kommunikation am Arbeitsplatz – eine Herausforderung nicht nur für Migrant/innen
- € Maßnahmen des Hessischen Kultusministeriums zur Förderung der deutschen Sprachkompetenz für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund
- € Der Ausländerbeirat der Zukunft
- € Herkunftssprachlicher Unterricht – Fremdsprachenunterricht
- € Integration – wie weiter in Hessen?
- € Kann der Westen vom Osten lernen? - Die Situation der Migrant/innen in den Neuen Bundesländern
- € Integration in Betrieben.

Zahlreiche Einzelanträge wie beispielsweise zum Beamtenrecht, zur Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen, zum Ethikunterricht, zur Förderung von Migrantenkindern im Kindergartenalter, zur Änderung des Schulgesetzes, zum Zuwanderungsgesetz, zum Kopftuch auf Passbildern, zur Rückführung in das Kosovo, für einen Abschiebestopp für Flüchtlinge, zur Aufenthaltserlaubnis für Rentner, zur Altfallregelung, zur Landesförderung für Migrantenberatung, für den Erhalt und Gestaltung von Integrationsmaßnahmen in Hessen sowie zum „Kopftuchgesetz“ ergänzten die Themenschwerpunkte. Zu den Ergebnissen der inhaltlichen Diskussionen siehe Kapitel 3.

Ausländerbeiräte lehnen Schulgesetz-Entwurf ab

AGAH-Resolution: Konsequenzen aus PISA-Studie fällig / Debatte um Zukunft der Beiräte

Von Ralf Pasch

BAUNATAL. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) lehnt den Entwurf zum hessischen Schulgesetz ab. In einer bei der Plenarsitzung am Samstag verabschiedeten Resolution ist von „gravierenden Mängeln“ und „Unzulänglichkeiten“ die Rede. Das Gremium, das 103 der insgesamt 120 hessischen Ausländerbeiräte und damit 92 Prozent der ausländischen Bevölkerung des Bundeslandes vertritt, verweist darauf, dass zwar bei der Einschulung die Sprachfähigkeit von Kindern geprüft und eine Förderung angestrebt wird, doch der Gesetzentwurf lasse offen, in welcher Form die Förderung stattfinden soll.

Aber die AGAH bezieht sich in ihrer Kritik nicht allein auf die Probleme, die aus-

ländische Schüler unmittelbar betreffen. So wird die Frage gestellt, warum bisher keinerlei Konsequenzen aus der PISA-Studie für den Entwurf des hessischen Gesetzes gezogen worden seien. Nicht nur Schulformen und Fördermaßnahmen stünden vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse zur Disposition, auch die Qualität der Lehrerausbildung und die materielle Ausstattung der Schulen müssten überprüft werden, heißt es in der am Samstag verabschiedeten Resolution.

Im März wird es im schulpolitischen Ausschuss des Landtags eine zweite und letzte Lesung des Schulgesetz-Entwurfs geben, noch vor der Sommerpause soll der Landtag darüber abstimmen, viele der Regelungen würden dann im August – zum Beginn des neuen Schuljahres – in Kraft treten.

Außer der Stellungnahme zum Schulgesetz legte die AGAH ein Diskussionspapier dazu vor, wie die Ausländerbeiräte „moderner“ und „zukunftsfähiger“ werden können. Hintergrund ist der Rückgang der Wahlbeteiligung bei den hessischen Ausländerbeiratswahlen im vergangenen Jahr. In dem Papier, das innerhalb eines Jahres an der Basis diskutiert und dann von der AGAH beschlossen werden soll, wird unter anderem vorgeschlagen, die Beiratswahl gleichzeitig mit der Landtagswahl stattfinden zu lassen – bisher wurden Ausländerbeiräte jeweils ein halbes Jahr später gewählt. Daneben wird angeregt, dass die Beiräte künftig stärker als „Antidiskriminierungsgremium“ tätig werden und Themen aufgreifen, die die Mehrheit der Ausländer tangiert“, so AGAH-Geschäftsführerin Ulrike Okenwa-Elem.

Frankfurter Rundschau 18.02.2002

Zahlreiche Gäste und Referenten berichteten über die unterschiedlichsten Projekte und Initiativen. So wurden den Delegierten das Konzept von Radio Metropol FM, einem in Berlin produzierten 24-Stunden-Programm in türkischer Sprache, und die Initiative „Gesicht zeigen“ aus dem Vogelsbergkreis vorgestellt.

Ein Vertreter des Hessischen Kultusministeriums referierte die historische Entwicklung sowie weitere Fakten zur Entstehung des Gesetzentwurfes „Zweites Gesetz zur Qualitätssicherung an hessischen Schulen“. Ein Vertreter des Hessischen Amtes für Versorgung und Soziales gab Einblick in das Thema „Elternzeit, Erziehungsgeld & Co“.

Weitere ausführliche Informationen erhielten die Delegierten zu den Bereichen „Maßnahmen des Hessischen Kultusministeriums zur Förderung der deutschen Sprachkompetenz für Schülerinnen und Schüler mit

Migrationshintergrund“, „Integration in Betrieben“, „Situation der Migranten in den neuen Bundesländern“, „Kommunikation am Arbeitsplatz – eine Herausforderung nicht nur für Migrant/innen“, zu denen jeweils kompetente Referenten geladen waren.

Auch 2002/2003 fand einmal jährlich ein Gespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten statt (16. November 2002 in Wetzlar und 11. Oktober 2003 in Reinheim).

Im Mittelpunkt der Diskussion am 16.11.2002 in Wetzlar wurden dem Ministerpräsidenten vor allem Fragen zu folgenden Themen gestellt: Entscheidung des BVerfG zum Zuwanderungsgesetz (ZuWG), Behandlung dieses Themas im anstehenden Landtagswahlkampf, Härtefallkommission, Sprachförderung in Schulen und Kindergärten, Zukunft des Islamischen Religionsunterrichts und Ethikunterricht mit islamischem Schwerpunkt sowie Rasterfahndung.

Ministerpräsident Roland Koch äußerte sich einleitend positiv über die von der Landesregierung bisher geleistete Integrationspolitik. Die Vernetzung einzelner Aktivitäten im Integrationsbereich sei eine wichtige Aufgabe für die zukünftige Arbeit. Letztlich seien aber alle Möglichkeiten von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln abhängig. Er erklärte, dass neue Initiativen und lokale Netzwerke nicht sogleich wieder kaputt gehen dürften, weil finanzielle Mittel fehlten. Dies sei aber eine schwierige Gratwanderung vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage bzw. -krise. Besonders wichtige Themen im kommenden Haushalt seien die Förderung der Sprachkompetenz von Kindern, lokale Integrationsinitiativen und die soziale Beratung Zugewanderter.

Zur Förderung der Sprachkompetenz von Kindern im Kindergartenalter sei ein neues Programm aufgelegt worden. Auch für das Programm „Soziale Stadt“, das zum Teil die frühere Städtebauförderung ersetze, seien zusätzliche Fördermittel bereitgestellt worden.

Sprachkompetenz sei überall von großer Bedeutung. Die Schwierigkeiten träten aber gerade bei der Lehrstellensuche, bei Schulkarriere und –abschluss hervor. Deshalb sollten Sprachmängel von Anfang an abgefangen werden. Zwar gäbe es bislang schon Förderung von Kindern, die eingeschult wurden und qualifizierte Sprachförderung benötigten. Ein

weiteres Programm richte sich an die Mütter von Schulkindern. Beides beziehe sich aber auf die Situation von Kindern, die schon in der Schule seien. Durch die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes seien Deutschkenntnisse zur Einschulungsvoraussetzung geworden. Die Kenntnisse würden neun Monate vor der Einschulung überprüft. Bei sprachlichen Defiziten gäbe es die Möglichkeit eines freiwilligen Angebots von Sprachunterricht. Wenn Kinder nicht genügend Deutsch könnten, die Eltern dieses freiwillige Angebot jedoch nicht annehmen wollten, gäbe es die Möglichkeit einer Zurückstellung. Davon solle aber so selten wie möglich Gebrauch gemacht werden.

Langfristig müsse jedoch bereits im Kindergartenalter angesetzt werden. Kinder, die Kindergärten besucht hätten, seien fast nie Anwärter auf einen Sprachförderkurs. Deshalb gäbe es das eingangs erwähnte Sonderprogramm des Sozialministeriums. Kindergärten seien aber kommunale Einrichtungen. Eine völlige Vernetzung, z.B. mit dem Kulturbereich, sei daher nicht möglich. Allerdings sei die jetzige Verbindung zum Kultusministerium enger als bisher. Früher sei davon ausgegangen worden, dass Kindergärten ein Raum zum Spielen seien und keine schulische Vorbereitung beinhalten sollten. Dies habe sich jetzt geändert.

In der Frage des Islamischen Religionsunterrichts führte Ministerpräsident Roland Koch aus, dass unabhängig von der rechtlichen Frage, ob die IRH Anbieter von einem solchen Religionsunterricht sein könne, eine große Interessentengruppe für das Angebot von Islamischem Religionsunterrichts bestehe. Deshalb solle Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam eingerichtet werden. Die Module des Lehrplans „Ethik“ würden z.Zt. überarbeitet. Ferner sollten universitäre Lehrstühle im Bereich der Islamwissenschaft so ausgebaut werden, dass Islamische Religionskunde irgendwann einmal als Fach angeboten werden könne.

Hinsichtlich des Zuwanderungsgesetzes sei die Entscheidung des BVerfG abzuwarten. Sofern der Klage wegen fehlerhafter Entscheidungsfindung stattgegeben werde, seien inhaltliche Fragen im Bereich des ZuWG neu zu diskutieren. Bei der Härtefallregelung sei z.B. ungeklärt, ob der Anspruch justiziabel, also gerichtlich überprüfbar, sei. Formulierungen müssten ggf. neu gefasst und eindeutig sein, wenn über das ZuWG neu entschieden werde. Die Zukunft des ZuWG sei jedoch für die Bevölkerung emotional nicht so bedeutsam wie in der Vergangenheit die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Dies habe eine an-

dere Wertigkeit gehabt. Im Wahlkampf werde vielmehr die Frage im Vordergrund stehen, wie mit der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit umgegangen werden könne und solle.

Zur Rasterfahndung erläuterte Ministerpräsident Koch, dass die Einhaltung internationaler Vorgaben sichergestellt werden müsse. Deshalb müssten gesetzliche Vorhaben angepasst werden. Dies gebiete die Verantwortung gegenüber den Bürgern und den internationalen Nachbarn. Andere Bundesländer seien auf diesem Gebiet schon weiter. Auch in Hessen müsse die Sicherheitslücke geschlossen werden.

In der sich anschließenden Diskussion wiesen die Delegierten vor allem auf die Unzulänglichkeiten bei den neu eingeführten Vorlaufkursen hin. So gäbe es große Probleme bei den Transportmöglichkeiten. Kritik wurde auch am Widerstand der CDU und der Landesregierung gegen das Zuwanderungsgesetz geübt und u.a. eine bessere Qualifizierung des Kindergartenpersonals und der Lehrkräfte gefordert.

Zuwanderung soll keine zentrale Rolle im CDU-Wahlkampf spielen

Koch sieht Integrationspolitik der Landesregierung als Erfolg

Wetzlar. (dpa) Das Thema Zuwanderung wird für die hessische Union im Landtagswahlkampf nicht den hohen Stellenwert einnehmen wie bei der Wahl 1999. Das sagte Ministerpräsident Roland Koch (CDU) bei der Plenarsitzung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGA) in Wetzlar. Viel wichtiger sei die Frage, wie seine Regierung auf die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit reagieren könne. Im vorigen Landtagswahlkampf hatte die CDU eine Unterschriftenaktion gegen das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft gestartet.

Unterdessen forderte die

CDU Hessen einen Untersuchungsausschuss, um den Vorwurf des „vorsätzlichen Wahlbetrugs“ gegen die rot-grüne Bundesregierung zu untersuchen. Der CDU-Landesvorstand hatte nach einer Sitzung in Wiesbaden die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig gebeten, einen solchen Ausschuss zu beantragen, wie Generalsekretär Michael Boddenberg mitteilte. Hintergrund der Forderung ist eine Äußerung des früheren Haushaltsexperten der Grünen-Bundestagsfraktion Oswald Metzger. Metzger hatte im ZDF gesagt, die Bundesregierung habe vor der Bundestagswahl ein Finanzloch im Haushalt bewusst verschwiegen. Boddenberg

sagte, es sei „unerträglich“, dass sich die Bundesregierung „offensichtlich nur mit Lug und Trug im Amt gehalten hat“.

In Wetzlar zog Koch eine positive Bilanz der Integrationspolitik seiner CDU/FDP-Koalition in den vergangenen vier Jahren. Mit Kooperation statt Konfrontation hätten Integrationsbeirat und Landesregierung einen gemeinsamen Nenner gefunden. Zentrale Diskussionspunkte seien die Kinderbetreuung, Sprachkompetenz und Religionsunterricht, sagte Koch. Für das kommende Jahr gab er die finanzielle Zusicherung vor allem für Deutsch-Sprachkurse in Kindergärten und Schulen in Hessen.

Wiesbadener Kurier 18.11.2002

Das Gespräch am 11. Oktober 2003 in Reinheim wurde vor allem von zwei Themen dominiert: Die Einsparungen im Landeshaushalt und das Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts. Es wurde daher eindringlich an den Ministerpräsidenten appelliert, die Sparmaßnahmen im Migrantebereich zurückzunehmen. Die bisher geförderten Maßnahmen, Institutionen und Projekte seien unverzichtbarer Bestandteil der Integrationspolitik, zu der sich auch die Landesregierung bekenne. Sicher seien strukturelle Verbesserungen sinnvoll. Ein gänzlichliches Streichen der Zuwendungen sei jedoch nicht akzeptabel.

Roland Koch würdigte in seinem Beitrag positiv die Arbeit der Ausländerbeiräte und die der agah. Der kontinuierliche Dialog zwischen Landesregierung, Landtag und agah sei vorbildlich. Bezüglich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Tragen eines Kopftuchs erklärt der Ministerpräsident ein Festhalten an der Forderung nach einem entsprechenden Landesgesetz. Hinsichtlich der Integrationspolitik erklärt er, dass diese - trotz Einsparungen - ein wichtiger Bestandteil der Landespolitik bleiben werde. Die getroffenen Mittelreduzierungen seien jedoch unveränderbar. Auf eine Diskussion über freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben des Staates lasse er sich nicht ein, so Roland Koch. Dies gelte auch für Auseinandersetzungen um Besitzstände. Ihm sei klar, dass Einsparungen immer unpopulär und durchaus auch schmerzhaft sowie unverständlich seien. Es gäbe jedoch - aus Fürsorge für die nachfolgende Generation - keinen anderen Weg. Bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung könnten durchaus nunmehr gestrichene Zuwendungen erneut erteilt werden. Insofern hänge viel von der zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Nicht zu vergessen sei, so Ministerpräsident Koch, dass Kürzungen zum Teil auch Bereiche betreffen, die vor der Regierungsübernahme durch die CDU überhaupt nicht existierten bzw. mit erheblich weniger Mitteln bezuschusst worden seien.

Gespräche der Delegierten mit Vertretern der Hessischen Landesregierung fanden zudem mit Sozialministerin Lauterschläger am 06.12.2003 in Bad Hersfeld und mit Sozialstaatssekretär Krämer am 11. Oktober 2003 in Reinheim statt.



Die in 2001 erstmals für Mitgliederversammlungen praktizierte neue Form der Themenschwerpunktsetzung wurde im Berichtszeitraum äußerst erfolgreich fortgesetzt. Das Interesse an einer Diskussion mit den Vertretern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien zu migrationspolitischen Themen erfreute sich zunehmendem Zuspruch.

Die Plenarsitzungen in den Hessentagstädten Idstein 2002 und Bad Arolsen 2003 waren dann auch deutlich dominiert von den jeweils fast zweistündigen Diskussionsrunden. Unter der Themenstellung „Integrationspolitik in Hessen – wie weiter?“ bilanzierten die Landtagsabgeordneten den jeweiligen Stand der Hessischen Integrationspolitik und stellten Forderungen aus ihrer Sicht. In der offenen Diskussion wurden den Vertretern die Position der agah und der Ausländerbeiräte verdeutlicht.

Am 15.06.2002 in Idstein waren auf dem Podium Aloys Zumbrägel (stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag), Heike Habermann (SPD-Fraktion im Hessischen Landtag), Tarek Al-Wazir (Vorsitzender der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag) und Jörg-Uwe Hahn (Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag) vertreten.

Frank Williges (CDU-Fraktion), Sabine Waschke (SPD-Fraktion), Margaretha Hölldobler-Heumüller (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) und Reinhard Schulz (FDP-Fraktion) traten am 14. Juni 2003 in Bad Arolsen für die Standpunkte ihrer Parteien ein.

Auch an den anderen Mitgliederversammlungen der Jahre 2002/2003 nahmen regelmäßig Repräsentanten der Landtagsfraktionen und der örtlichen Kommunalpolitik teil.

Nicht zuletzt wurde im Rahmen von regelmäßigen Pressegesprächen im Anschluss an die Sitzungen über die Ergebnisse der Beratungen auch die Öffentlichkeit informiert (vgl. dazu Kap. 5.1).

Förderung schon im Kindergarten

Arbeitsgemeinschaft der hessischen Ausländerbeiräte tagt im Rathaus – Positives Fazit

Erlensee (apn). Sitzfleisch bewiesen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH). Rund 60 Delegierte kamen am Wochenende zu einer Plenarsitzung im Erlenseer Rathaus zusammen. Fast fünf Stunden – gut 60 Minuten mehr als geplant – informierten und berieten sich die Abgesandten der hessischen Ausländerbeiräte.

Hauptpunkt auf der Tagesordnung war ein Referat von Ministerialdirigent Dr. Heinrich Berthold, Abteilungsleiter im Hessischen Kultusministerium. Er sprach über „Maßnahmen des Kultusministeriums zur Förderung der deutschen Sprachkompetenz für Schüler mit Migrationshintergrund“. Ein wichtiges Thema also nicht nur für die Delegierten. „Wir hatten den Eindruck, dass das in die richtige Richtung geht“, wertete AGAH-Vorsitzender Manuel Parrondo aus Frankfurt das Referat des Ministeriumsvertreters. Aber die AGAH würde es noch mehr befürworten, wenn diese Sprachförderkurse, die jungen Migrantenkindern einen Grundwortschatz in der deutschen Sprache vermitteln sollen, damit diese in der Grundschule besser im Unterricht mitkommen, schon im Kindergartenalter beginnen würden. „Schon ab einem Alter von drei Jahren“, konkretisierte die Geschäftsführerin der AGAH, Ulrike Foraci. Zur Zeit finden die Kurse ein Jahr vor der Einschulung statt.

Von Statistik ermutigt

Ein weiterer Kritikpunkt der AGAH an dem derzeitigen Sprachfördermodell ist die Tatsache, dass hauptsächlich Migrantenkinder teilnehmen, die in einem Kindergarten angemeldet sind. „Doch was ist mit den Kindern, die in keinen Kindergarten gehen“, fragten sich die AGAH-Vertreter. Doch die Statistik ermutigte die Interessenvertreter der ausländischen Mitbürger. Von rund 4900 Kindern in Hessen, die einen solchen Sprachkurs nötig hätten, würden tatsächlich 4600 Kinder gefördert, so die behördliche Erhebung. „Die Kurse sind notwendig. Immer mehr Menschen in den Kommunen können überzeugt werden, dass solche Kurse eingerichtet werden“, äußerte sich Parrondo positiv. Aber der Spanier, dessen perfektes Deutsch mit einem breiten Frankfurter Dialekt gewürzt ist, machte sich auch stark dafür, dass geratige Kurse teilweise näher am Wohnort eingerichtet werden. „Vielleicht“, so vermutete auch Ulrike Foraci, kämen noch mehr Kinder in den Genuss dieser Sprachförderung, doch die Mütter können auf Grund eines fehlenden Autos oder eines nicht vorhandenen Führerscheins ihr Kind gar nicht zu einem solchen Kurs bringen, auch wenn sie es gerne täten.

Auf behördlicher Seite ließe sich Geld sparen, wenn die Zuständigkeiten in der Wiesbadener Staatskanzlei in ein Ministerium fallen würde, glaubte Manuel Parrondo. Denn zurzeit sei sowohl das Sozialministerium als auch das Kultusministerium für die Sprachkompetenzförderung zuständig.



Waren mit dem Ergebnis der Plenarsitzung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen zufrieden (von links): Ulrike Foraci, Manuel Parrondo und der Erlenseer Ausländerbeirats-Vorsitzende Ali El Fadjan. Foto: Neumann

Sowohl Parrondo als auch Foraci befürchteten Reibungsverluste durch diese Doppelzuständigkeit. „Außerdem vorläufig sich dadurch der Verwaltungsweg“, sagte der AGAH-Vorsitzende. Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war das Thema „Zukunft der Ausländerbeiräte“. Vor Augen hatte Ulrike Foraci hier die landesweit geringe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Ausländerbeirat, die rund neun Prozent betrug. „Wir wünschen uns auch 15 bis 20 Prozent“, gab Foraci zu. Einen Grund für das geringe Interesse an der Wahlurne sah sie im eigentlich Wahlrecht. Rund 20 Prozent der Ausländer in Hessen dürfen sich nämlich nur wählen lassen, selbst aber keine Stimme abgeben. „Das ist die Gruppe der eingebürgerten Deutschen. Dabei fallen uns Wähler weg“, sagte die AGAH-Geschäftsführerin. Außerdem ist die AGAH stark daran interessiert, auch die Gruppe der Spätaussiedler für den Ausländerbeirat zu gewinnen. „Die haben die gleichen Probleme wie seinerzeit die Ausländer der ersten Generation“, erläuterte Ulrike Foraci.

Neuer Name gesucht

Die Vertreter der AGAH-Verwaltungsspitze waren sich einig, dass die Ausländerbeiräte in der Öffentlichkeit präsenter werden müssen. Auch sei man auf der Suche nach einem besseren Namen. „Denn die sehen sich als Ausländer“, sagte Manuel Parrondo. Das Vorhaben ist aber gar nicht so einfach, schließlich tangiert dies auch das Verwaltungsrecht. „Außerdem haben wir schon mal einen Preisgeld für einen guten Namensvorschlag ausgeschrieben, aber es kam nichts“, schmunzelte Parrondo.

Hintergrund:

Die AGAH

Erlensee (apn). Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) ist der Zusammenschluss der Ausländerbeiräte, die durch die ausländische Bevölkerung ihrer Kommunen und Kreise demokratisch gewählt sind. Bisher haben sich 110 Ausländerbeiräte in ganz Hessen der AGAH angeschlossen. Die Ausländerbeiräte in Hessen sind in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und als freiwillige Gremien in der Hessischen Landkreisordnung (LKO) verankert und vertreten seit vielen Jahren die Interessen der nicht-deutschen Bevölkerung. Die AGAH strebt eine effizientere Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte an. Die Beiräte arbeiten ehrenamtlich und unter sehr unterschiedlichen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Sie haben jedoch oft gleiche Probleme und Aktionsfelder. Die AGAH fördert durch Koordination, Erfahrungs- und Informationsaustausch die Effizienz der Arbeit der örtlichen Ausländerbeiräte und ermöglicht eine bessere Nutzung der Ressourcen einzelner Beiräte und Kommunen. Sie unterstützt die Gründung neuer demokratisch gewählter Ausländerbeiräte und die Überwindung ihrer Anfangsschwierigkeiten. Die AGAH vertritt gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit die besonderen Belange der ausländischen Bevölkerung.

Hanauer Anzeiger 28.01.2003